

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 30 Bfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M., in Württemberg 2,20 M. vierteljährlich, hiesig Bestellgeld 30 Bfg.

Anzeigen 12 Bfg., von auswärts 15 Bfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Bfg. die Vertzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bfg.



Nr. 38

Samstag den 8. März 1919

36. Jahrgang.

Fremdenindustrie und Valuta.

Finanzassessor W. Jäger, Bad Dürkheim.

Die Anregung des Baden-Badener Oberbürgermeisters dieser vom September v. J. über die Einwirkung des Staates auf den Fremdenverkehr hat bis heute noch keine Wirkung erzielt. Seitdem hat sich Deutschland und Baden von Grund auf verändert. Der deutsche Michel ist in echtem Schildbürgerum im Begriffe, sein Haus lediglich nach seinem Kopf einzurichten. Die deutsche Industrie steht infolge unsinniger Forderungen von Arbeitern vor dem Ruin. Der Mangel an Rohstoffen und die schwer geschädigte Kaufkraft wird der Industrie den Rest geben.

Da ist es an der Zeit, sein Augenmerk auf eine Industrie zu lenken, die in ihren Rohstoffen vom Ausland im großen und ganzen unabhängig dazu berufen ist, dem Elend einigermaßen abzuhelfen. Das ist die Fremdenindustrie. Sie hat während des Krieges ihre Lebensfähigkeit und Lebensberechtigung erwiesen. Hat bedrängt von allen Behörden, enttäuscht durch nicht erfüllbare Versprechungen, steht heute die Fremdenindustrie lebensfähig da und erwartet, wie alle andern, von dem neugeordneten Staate, daß er sich der Stützstütze des alten System annimmt. Es braucht nicht viel, um die Erwartungen der Fremdenindustrie zu erfüllen. Sie erwartet nicht wie das übrige Gewerbe eine unmittelbare sondern nur eine mittelbare Hilfe.

Diese mittelbare Hilfe besteht einmal darin, daß der Staat in den kommenden Jahren die Fremdenindustrie nicht zum Prügelknaben der Kommunalverbände macht. Es muß diesem Erwerbszweig frei stehen, überall und frei seine Rohstoffe einzukaufen, wie der übrigen Industrie auch. Ferner wird verlangt, daß der Staat mehr als bisher sein Interesse aktiv bekundet. Die Unterstützung des Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs mit jährlich 10000 Mark ist gewiß anerkanntswert. Aber steht dieser Tropfen in einem Verhältnis zu den Einnahmen, die dem badiischen Staate aus den Immobilien der Fremdenindustrie zufließen? Wenn die Lebensmittelverhältnisse wieder einigermaßen geregelt sind, dann werden die entlegenen Schwarzwaldhöfe wieder froh sein, wenn die Hotels der Umgegend als ihre Abnehmer auftreten. Es wird keiner Behörde mehr einfallen, den Kaufmann des Schleichhandels zu beschuldigen dann wird die Fremdenindustrie wieder berufen sein, den Kleinbauern des Schwarzwaldes, dem die Transportmöglichkeit fehlt, lebensfähig zu erhalten. Was die Fremden brauchen, wächst in jeden Jahr neu heran. Alles Geld bis auf verschwindende Beträge bleibt im Lande, ernährt und schafft viele kleine Betriebe. Nach sind bezaubernde Naturschönheiten nicht erschlossen, da es an Verkehrsmitteln fehlt.

Hier einzugreifen, hier bahnbrechend zu wirken, ist Sache des Staates. Was hier gegeben wird, kommt auf anderem Wege doppelt wieder.

Alle Industrie hat heute nur Wert, wenn ihr Absatz über das engere Heimatland hinausreicht. Die Fremdenindustrie verfenbet ihre Waren nicht, sondern diese muß an Ort und Stelle verzehrt werden. Es muß also Aufgabe des Staates sein, die Käufer auf die Ware aufmerksam zu machen. Eine großzügige Reklame zunächst im neutralen und später in dem heute feindlichen Ausland muß den Nichtdeutschen auf die Vorteile unseres Heimatlandes aufmerksam machen. Jeder Fremde des Auslandes hebt durch seine Anwesenheit die Kaufkraft, die Valuta. Er über läßt uns entweder bares Geld oder eine Verpflichtung an die ausländische Bank, die unser Ansehen hebt und andere Rohstoffe ins Land bringt zur Hebung der allgemeinen Industrie. So kann die Fremdenindustrie als erste berufen sein, geriffene Fäden wieder anzuknüpfen. Aber machen wir uns von kleinlichen Bedenken frei. Ein Staat, der eine Staatslotterie unterstützt, darf auch vor der Einrichtung einer Spielbank nicht zurückschrecken, der 3 V Baden-Baden seine Bläre verdankt. Hüten wir uns vor der alten deutschen Krankheit, daß man erst nach Beendigung von 99 Verbotstafeln das deutsche Paradies kommen kann. Wie der Fabrikant der aus Auslandesabzug abhebt, seine Ware nach ausländischen Geschmack bearbeiten muß, so muß auch die Fremdenindustrie sich so einrichten, daß sie den Lebensgewohnheiten des Ausländers gerecht wird. Vergessen wir nicht, daß der Deutsche so geschätzt sein wird, daß für ihn die Möglichkeit eines Aurlaufenthalts ins Reich der Fabel gehört. Um so mehr müssen wir mit allen Mitteln versuchen, eine Industrie, in der hunderte von Millionen festliegen, ihrem be- deutenden Zweck zuzuführen, nämlich das Ausland uns dienstbar zu machen. Videant consules!

Wochenrundschau.

In Berlin ist der Generalstreik nun auch ausgebrochen, nachdem in Mitteldeutschland die Bewegung schon einige Tage vorher in Fluß gekommen war. Die Reichsregierung, die ja derzeit in Weimar ihren Sitz aufgeschlagen hat, geriet samt der Nationalversammlung in die Gefahr, von der Außenwelt gänzlich abgeschlossen zu werden, wurden doch rund um Weimar die meisten Bahnverbindungen gestört, die Telegraphen vernichtet oder von den Radikalen besetzt, sogar eine Flugpost soll abgefangen worden sein. Und einem Regierungslurier wurden in Leipzig die Ästen abgenommen. Wahrscheinlich war es auch darauf abgesehen, die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden und Regierung und Parlament durch Hunger zur Kapitulation zu zwingen, ein Plan, der dank der fürsorglichen Bereitstellung genügender Vorräte nicht durchführbar zu sein scheint. Durch Verhandlungen wurde das Schlimmste abgewendet und so sind die Wege vor und nach Weimar größtenteils wieder frei. Der Ausbruch des Generalstreiks in Berlin kam aber der Regierung doch unerwartet. Sie hatte wohl durch Heranziehung von Truppen Schutzmaßregeln gegen neue Kämpfe getroffen, aber sie konnte wohl erwarten, daß die angeführte Abkündigung über den Generalstreik die Ablehnung desselben durch den überwiegenden Teil der Berliner Arbeiterschaft ergeben werde. In dieser Hoffnung berechnete die gewaltige Mehrheit der mehrheitssozialistischen Stimmen bei den Nationalwahlen am 19. Januar. Inzwischen scheint sich aber in der Stimmung der Arbeiterschaft eine Wandlung nach links vollzogen zu haben, und schon aus den Berliner Gemeindevahlen gingen die Unabhängigen als Sieger hervor. Trotzdem war nicht vorauszu sehen, daß die Ablehnung für den Generalstreik eine so große Mehrheit finden würde. Die wirtschaftlichen Zustände, das wachsende Greifen der furchtbaren Lage, in die uns der grausame Feind gebracht hat und der gegenüber wir machtlos sind, machte die Massen dem Radikalismus zugänglich. Vielen mag es auch mit der Durchführung der von der Regierung versprochenen Sozialisierung zu lange gedauert haben, so daß sie an der Ernsthaftigkeit des Versprechens zu zweifeln anfangen. Der Streikausbruch änderte der Regierung Forderungen, die in dem Verlangen der sofortigen Durchführung der Sozialisierung und in der Peranerkennung des Räte systems in der Reichsverfassung gipfeln, daneben aber auch noch Bedingungen radikalster Art enthalten, die deutlich vorraten, daß der Einfluß der äußeren Vinten in der Berliner Arbeiterschaft zugenommen hat. Es sollte bei dem Generalstreik keine Gewalt angewendet werden, so hätten die Arbeiterführer vereinbart. Aber die Spartaner gehen ihre eigenen Wege. Schon in der ersten Nacht gab es da und dort kleinere Zusammenstöße. Am andern Tag setzten regelrechte Straßenkämpfe ein und nachdem die Matrosen und einige andere Truppenteile nach dem Spartakisten übergegangen waren, griffen die Regierungstruppen sogar in Bedrängnis. Wie wenig die früher befohlene Waffensablieferung befolgt worden war, geht daraus hervor, daß die Kommunisten über reichliches Waffnenmaterial verfügen, sogar Kanonen haben sie aufgefunden und belagern die Regierungstruppen in dem schon so viel bekämpften Polizeipräsidium. Die Lage ist höchst unklar, sagt der amtliche Bericht, und das sagt viel. Daneben werden ganze Stadtviertel von den Aufständern abgeplündert und viele Millionen sind in ein paar Tagen geraubt oder vernichtet worden.

Um den Spartanern ihre Hauptwaffe zu entwinden, sorgte die Regierung für schnelle Verwicklung des Gesetzes über die Sozialisierung. Dieses Gesetz legt jedem Deutschen die Pflicht der Arbeit auf, sofern er dazu fähig ist, es gewährt ihm aber auch als notwendige Ergänzung das Recht auf Arbeit, sobald von Staatswegen jedem Arbeitswilligen Gelegenheit zu schaffen ist, seinen Unterhalt zu verdienen, oder daß er, wenn die Möglichkeit nicht sofort vorläge, Anrecht auf zeitliche Staatsfürsorge in der Zeit der Arbeitslosigkeit hat. Durch die Einführung einer „wirtschaftlichen Verfassung“ (Konstitution) werden die wirtschaftlichen Betriebe weitgehend dem freien Verfügungsrecht des Eigentümers entzogen. In der Erzeugung und Vertrieb der Waren werden die Beiträge der Arbeiter und Angestellten mitzuprechnen haben, denen auch Beiträge in allen den Angelegenheiten zuzurechnen, die das Personal unmittelbar oder mittelbar betreffen. Alle Betriebe, die auf der Aneignung von Naturkräften (Wasser) oder Bodenschätzen beruhen

sowie diejenigen, die sich mit der Erzeugung von Kraft befassen, was die Elektrizitätswerke, sollen nach Maßgabe der vorgenannten Wirtschaftsverfassung durchweg in die Gemeinwirtschaft übergeführt werden; der Eigentümer, der Herr, wird also nicht mehr eine einzelne Person, eine Gesellschaft oder ein Aktiennunternehmen, sondern das Reich sein. Die Einzelbetriebe, in deren Gebiete verstaatlichten Betriebe liegen, verlieren ihren Besitzanspruch zu Gunsten des Reichs, sie werden aber bei Bewirtschaftung und Verwaltung angemessen berücksichtigt. Mit der öffentlichen Bewirtschaftung der Kohlenbergwerke ist bereits begonnen worden; sie gehören von nun an dem Reich, selbstverständlich werden aber die früheren Besitzer entschädigt.

Endlich hat die Reichsregierung die Zusicherung gegeben, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nach Einführung der neuen Verfassung nicht einfach verschwinden, sondern daß sie eine bestehende und verfassungsmäßig gewählte Einrichtung bleiben sollen, allerdings nicht mehr als politischer Bestandteil der Staatsorganisation, sondern als wirtschaftliche Berufsvertretung, die in mannigfacher Gliederung die Interessen der betreffenden Stände zu vertreten haben wird. Das Einzelne wird in einem Gesetzentwurf geregelt werden, den die Regierung demnächst in der Nationalversammlung einbringen wird. Durch dieses Gesetz wird ein Hauptstrebepunkt der gegenwärtigen revolutionären Entwicklung aus der Welt geschafft werden: der Kampf zwischen Räte system und demokratischer Regierung, der in München und Mannheim so drastische Formen gefunden hat.

So hat die Reichsregierung alles getan, was sie tun konnte, um die Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Sollten die radikalen Elemente dennoch den Kampf gegen die Regierung fortführen, so können sie sich auch nicht mehr mit dem Schein des Rechts auf unerfüllte Versprechen und ähnliche Einwendungen stützen; sie würden zeigen, daß sie den Krieg um des Krieges willen führen, um selbst zu der Macht zu kommen, die ihrer geringen Minderheit mit Nichten zulehrt und die deshalb dann mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden kann.

Der Sinn der Regierung an sich war klar; sie selbst weiß aber am besten, daß ihre Lage kritisch ist. Reichspräsident Ebert hat das unerbötliche ausgesprochen. Die Regierung hat um ihre Existenz zu kämpfen, just in dem Augenblick, wo ihr eine andere furchtbare Sorge erwachsen ist: Die Hungerration Deutschland. Die Abwesenheit Wilsons wurde von dem Obersten Kriegsrat der Verbündeten dazu benutzt, um als Preis für die Waffenstillstandsverlängerung uns die schwersten, — unumkehrlichen Bedingungen aufzuerlegen. Deutschland soll der unfruchtbarsten Gebiete verlustig gehen — es wurde zwar um von einer lange beendeten Besetzung und wirtschaftlichen Ausnutzung gesprochen; tatsächlich läme das aber doch auf einen dauernden Verlust hinaus —, soll Nord- und Mitteldeutschland an die Dänen, Polen und Tschechen abtreten, die Befestigung von Helgoland schleifen und den Nord-Ostsee Kanal preisgeben. Kriegskosten sollen zwar nicht ersetzt werden, dafür würde Deutschland 30 bis 40 Jahre lang 13 bis 15 Milliarden jährlich, das heißt 500 bis 600 Milliarden als „Entschädigung“ zu zahlen haben. Das wäre also nicht nur die Entschädigung für die größtenteils von den Franzosen und Engländern zusammengeschossenen Städte und Dörfer in Frankreich und Belgien, sondern wirklich ein recht beträchtlicher Kriegskostenersatz obendrein. Aber noch nicht genug. Das Deutschland, dessen Lebensmittelvorräte noch für etwa 10 Wochen ausreichen, soll zwar um teures Geld 270000 Tonnen Lebensmittel bekommen, aber erst, wenn es seine gesamte Handelsflotte ausgeliefert hat. Von einer Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte kann, wie der englische Admiral Hope in Spaa laut erklärte, keine Rede sein; höchstens können ihm gegen neue Bedingungen 100000 Tonnen argentinischen Getreides überlassen werden. England hat nämlich die argentinischen Vorräte sich angeeignet. Deutschland könnte also tatsächlich vor dem Verhungern trotz des Riesenopfers seiner Flotte, oder vielmehr darnach erst rufen, denn ohne Handelsflotte könnte es nicht mehr einsehen und wäre nicht nur ganz der Gnade und Milde der schiffbrüchenden Nationen, vor allem Englands überlassen, sondern auch der Auswechslung durch enorme Schiffsfraachten preisgegeben. Das war zu viel. Wenn die Verbündeten nicht wenigstens die Bürgschaft für ausreichende Versorgung bis zur nächsten Ernte übernahmen, konnte die Verantwortung für



den völlige Vernichtung des deutschen Seehandels, der von dem Krieg der zweitgrößte der Welt gewesen war, von der Reichsregierung nicht mehr getragen werden. Sie beauftragte daher die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa, die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung abzubrechen. Ein Entschluß von ungeheurer Tragweite, zugleich die einzige Möglichkeit dem unerhörten Aufsitzen der Feinde gegenüber.

Es ist nun die Frage, was weiter werden soll. Die Reichsregierung wird sich wohl zunächst wieder mit der Nationalversammlung oder wenigstens mit den Mehrheitsparteien über die grundsätzliche Stellung zu der Angelegenheit, die eine Lebensfrage im eigentlichen Sinn für das deutsche Volk ist, einigen. Vielleicht wird sie, ehe weitere Verhandlungen mit den Verbündeten in dieser Sache geführt werden, die Ankunft Wilsons in Paris abwarten, der am 5. März von New York abgefahren ist. Und man kann nur hoffen und wünschen, daß Wilson den Willen und die Macht hat, von seinem Friedensprogramm wenigstens noch den letzten Rest zu retten, nachdem so vieles davon schon lahmgewunden ist. Wenige Stunden bevor Wilson den Dampfer „George Washington“ bestieg, hielt er noch eine Rede, in der er es als den Stolz der Amerikaner pries, die Sache und den Frieden der Gerechtigkeit in der Welt erkämpfen zu haben. Die in Spa gestellten Bedingungen sind aber ein blutiger Dohn auf Recht und Gerechtigkeit. Wird Wilson sie abgeben können? Sein Einfluß auf der Friedenskonferenz scheint dort nicht mehr so hoch bewertet zu werden, und allerlei Gerüchte gehen darüber im Schwange. In Amerika selber liegt sein Plan des Völkerbundes wenig Gegenliebe. Die Nordamerikaner sagen, sie müßten dann ihre berühmte Monroe-Doktrin (den vom früheren Präsidenten Monroe gestellten Grundsatz, daß kein nichtamerikanischer Staat in Angelegenheiten irgend eines Staates von Südamerika sich einmischen dürfe) fallen lassen — was eine ganz richtige und selbstverständliche Schlussfolgerung ist —, die südamerikanischen Staaten sollen aber, wie Staatssekretär Lansing (nach Reuters) mitteilte, den Beitritt zum Völkerbund bereits abgelehnt haben.

Inzwischen ist Lloyd George schon in Paris eingetroffen. Er scheint es eilig gehabt zu haben und er wollte sich wohl mit Clemenceau noch gründlich aussprechen, bevor Kollege Wilson, mit dem er gleichzeitig abgereist war, eintraf. Die Beruhigung der englischen Arbeiter, die seine schnelle Abreise von Paris seinerzeit nötig machte, ist ja noch keineswegs beendet, wenn man auch von der Arbeiterbewegung in England jetzt gerade nicht mehr viel erfährt, so wenig als über die Lage in Irland, das sich als freie Republik erklärt hat. Jedenfalls muß Lloyd George gewichtige Gründe haben, seine Tätigkeit zu Hause abzubrechen, um wieder im Rat der fünf Großmächte zu erscheinen. Er sagte neulich: „Auchland ist in Trümmer gefallen, und es liegen Anzeichen dafür vor, daß es mit Deutschland ebenso gehen wird.“ Ist er gekommen, diese Zertrümmerung zu fördern oder aufzuhalten? Das ist jetzt die Frage.

Neues vom Tage.

Neue sozialistische Koalitionsregierung.

Berlin, 7. März. Die Gerüchte, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige sich geeinigt hätten, eine Regierung aus diesen beiden Parteien mit Ausschluß der bürgerlichen Parteien (wie in München) zu bilden, werden als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Nach heiligen Wählern sollen innerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten entstanden sein, da die Sozialisierungsgesetze den bürgerlichen Parteien zu weit gehen.

Lustpost Berlin-Frankfurt.

Frankfurt, 7. März. Auf Veranlassung der Abteilung „Lustpost“ der Frankfurter Verkehrsvereins wurde unter Mitwirkung hiesiger führender Kreise aus Handel und Industrie eine Lustpost Frankfurt am Main-Berlin ins Leben gerufen. Die täglich zwischen Frankfurt a. M. und Berlin verkehrende Lustpost soll die Beförderung von Briefen, Wertbriefen usw. übernehmen. Die Flugzeit beträgt etwa 4 Stunden. Mit den Flügen soll in kürzester Zeit begonnen werden.

Die Kämpfe in Berlin.

Berlin, 7. März. Die Kämpfe werden besonders heftig am Polizeipräsidium und Alexanderplatz weitergeführt. Die Auftritte bestehen zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Großbetriebe, bewaffneten Arbeitslosen und Mitgliedern des „Roten Soldatenbundes“, das heißt aus Jährenflüchtigen und besetzten Militärgesangenen, sowie aus Teilen der Volksmarinewildschützen. Der Kavalleriebrigadewechsel wurde der Befehl erteilt, den Alexanderplatz zu räumen. Sie griff um 2 Uhr mittags an; bei Einbruch der Dunkelheit war der Platz größtenteils gesäubert. Die Volksmarinewildschützen hatten sich im Marinehaus mit Geschützen und Maschinengewehren verschanzt. Das Haus erhielt drei Panzergewehrschüsse. Die Matrosen flohen, andere ergaben sich. Das Polizeipräsidium wird von den Spartakisten fortwährend heftig angegriffen, aber alle Angriffe sind gescheitert.

Bei den Abendkämpfen am Donnerstag um den Alexanderplatz und das Polizeipräsidium wurden 150 Matrosen gefangen genommen. Alle Gebäude, die in der Umgebung von Spartakisten besetzt waren, so auch das Warenhaus Tieg, befinden sich in den Händen der Regierungstruppen. Die Spartakisten sind teilweise in die Häuser geflüchtet, aus denen sie lebhaftes Gewehrfeuer unterhielten.

Der Berliner Arbeiterrat verlangt, daß dem Volksgesetz das Oberkommando über alle Truppen übertragen werde, vorher werde es keine Ruhe und Ordnung mehr geben. Die Unabhängigen und Kommunisten beschloßen, den Streik entschieden fortzusetzen.

Die Elektrizitätswärmer sind gestern abend

in den Ausstand getreten, so daß Berlin größtenteils ohne Licht blieb. Von Sonntag an sollen nach dem Beschluß des Arbeiterrats auch die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke streiken, wenn die Reichsregierung nicht bis dahin die Forderungen des Streikausschusses bewilligt habe.

Berlin, 7. März. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei gibt das Ergebnis der Konferenz der Parteibeauftragten vom 5. März bekannt, die fast einstimmig den Abbruch des Streiks fordern, nachdem die Regierung die bekannten Zugaben gemacht hat. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe den Diktator der Arbeiterschaft gespielt. Es sei Zeit, daß die Partei sich von der Taktik des Streiks um des Streiks willen losmache. Diese Mitteilungen können erst jetzt verbreitet werden, da die Buchdrucker Groß-Berlins unter dem Druck der Drohung, daß sonst Gas, Wasser und Elektrizität abgegesperrt würden, sich dem Ausstand angeschlossen hatten. Die gesamte Berliner Presse ist noch am Erscheinen behindert.

Weimar, 6. März. Die unter Führung von Richard Müller stehende Abordnung der Berliner Streikenden ist heute hier eingetroffen.

Halle, 7. März. Der gestrige Tag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Der Straßenbahnverkehr ist noch nicht wieder aufgenommen, dagegen verkehren einige Eisenbahnzüge. Das Elektrizitätswerk ist wieder im Betrieb. Die Gaswerke stehen noch still. Seitens der Bürgerwehr wird zur Bildung von Volkswehren aufgerufen.

München, 6. März. Der Kongress des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats beschloß die Freilassung der verhafteten Geiseln, soweit nicht Verdachtsgründe vorliegen. Andererseits wird die Freilassung der festgenommenen Spartakisten verlangt.

Der Vorfrieden.

Paris, 6. März. (Reuters.) Man erwartet, daß die Bedingungen für den Vorfrieden am 22. März zur Vorlage für die Deutschen bereit sein werden.

960 Milliarden.

Osag, 7. März. „Manchester Guardian“ schreibt: Wenn Deutschland 48 Milliarden Pfund (960 Milliarden Mark) an die Alliierten zahlen sollte, so müßte es 30 Jahre lang 16 Millionen seiner Einwohner für die Entente arbeiten lassen.

Clemenceau noch nicht hergestellt.

Paris, 7. März. Clemenceau wurde gestern neuerdings mit Röntgenstrahlen untersucht. Die Kugel befindet sich immer noch am gleichen Orte. Nach der Meinung der Ärzte ist die Lage durchaus befriedigend.

Deutsche Fronarbeiter.

London, 7. März. Churchill erklärte im Unterhaus, England werde die deutschen Kriegsgefangenen so rasch als möglich nach Belgien schicken, um sie dort arbeiten zu lassen.

Verbreitung des Bolschewismus.

Sibau, 6. März. Wie bedeutsam der Kampf der deutschen Truppen und der Landeswehren für die gesamte Kulturwelt ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß bei der Wiedereroberung von Windau zahlreiche bolschewistische Papiere in englischer, französischer und deutscher Sprache gefunden wurden. Die örtliche lettische Miliz und die Beamten in Windau sind bei der letzten Einnahme von Windau durch die Bolschewisten sofort auf deren Seite getreten. Darnach ist es kein Wunder, daß die deutschen Militärbehörden die schwersten Bedenken gegen die Zwangsanshebung und Bewaffnung der teilweise bolschewistisch gesinnten lettischen Bevölkerung hegen, weil dadurch eine bolschewistische Macht im Rücken der Kampffront entstehen würde. Diese schweren Bedenken dürften auch von der Entente geteilt werden, die den größten Wert auf die Bekämpfung des Bolschewismus in Russland legen muß.

Die englischen Flottenausgaben.

London, 6. März. (Reuters.) Der heute abend veröffentlichte Vorschlag für die Flottenausgaben beträgt 149.200.000 Pfund Sterling und sieht ein Flottenpersonal von 280.000 Mann vor.

England für das Freiwilligenheer.

London, 7. März. (Reuters.) Der Staatssekretär für Irland erklärte im Unterhaus, daß man beschloßen habe, die in England internierten Sineser-Geiseln in Freiheit zu setzen. Bei der 2. Lesung der Militärgesetzesvorlage erklärte Churchill, die britischen Militärbehörden kämpften in Paris für die Abschaffung der Dienstpflicht in ganz Europa. Sie hätten zu allererst die Abschaffung der Dienstpflicht in Deutschland verlangt und ausdrücklich Vorschläge für das deutsche Freiwilligenheer vorgelegt. Augenblicklich seien die Militärs in Paris in dieser Frage stark in der Minderheit. Er könne nicht sagen, welche Systeme die verschiedenen Länder annehmen würden, aber inzwischen gäbe die britische Regierung ein Beispiel, indem sie für das Freiwilligenheer die Grundlagen lege. Die Militärdienstgesetzesvorlage wurde in 2. Lesung mit 304 gegen 71 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Arbeiterparteieller und Unabhängige Liberale.

Völkerbundskonferenz.

Bern, 6. März. Heute wurde die internationale Völkerbundskonferenz eröffnet. Der Vorsitzende überbrachte der Versammlung die Grüße des Entente und führte aus, die Konferenz müsse einen wirklichen Völkerbund vorbereiten und könne sich nicht mit dem Pariser Entwurf begnügen, der die kleinen Staaten als zweifelhafte behandle.

Wilson und die Selbstbestimmung Irlands.

Rotterdam, 7. März. Wie das Pressebureau Radio meldet, hat das amerikanische Repräsentantenhaus noch unmittelbar vor seiner Vertagung mit 216 gegen 41 Stimmen eine Entschlieung angenommen, worin es sich für das Selbstbestimmungsrecht für Irland er-

klärt. Präsident Wilson erklärte in der Konferenz mit dem irischen Komitee, das durch den Konvent in Philadelphia ernannt worden war, daß er die irischen Forderungen der Friedenskonferenz nicht vorlegen könne.

Drohung an Italien.

Washington, 6. März. (Reuters.) Die Vereinigten Staaten teilten Italien mit, daß, wenn es weiterhin die Lebensmitteltransporte für den neugegründeten jugoslawischen und tschechoslowakischen Staat aufhält, Schritte unternommen werden, um Italien von der Versorgung mit amerikanischen Lebensmitteln auszuschließen.

Beschränkung der Einreise nach Tirol.

Innsbruck, 7. März. Die Landesregierung hat durch Verordnung die Einreise nach Tirol in der Weise eingeschränkt, daß nur denjenigen Personen der Zutritt in die Grenzstation gestattet wird, die eine Einreisebewilligung der Landesregierung oder einen schriftlichen Dienst Antrag vorweisen können. (Die Maßregel hängt mit dem Mangel an Lebensmitteln zusammen.)

Englische Krankheit.

Wien, 7. März. Wie die Blätter melden, hat der vollständige Mangel an Eiern, Mehl und die Knappheit an anderen Lebensmitteln eine neue seuchenartige Krankheit in Wien hervorgerufen, die man an besten als „Machitis“ bei Erwachsenen bezeichnen könnte. Die Krankheit nimmt bisher einen gutartigen Verlauf.

Der Krieg im Osten.

Sibau, 6. März. Frontbericht vom 5. März. Die Unternehmungen vom 4. März führten zur Einnahme von Oßern durch Teile der Eisernen Division. Der eilig nach Ost abziehende Feind wurde bei Sibau von einer Umgebungsabteilung wirksam gefaßt und nach Süden und Südosten verprengt. Heute früh wurde nach mehrtägigen Kämpfen Murajewo genommen und der sich verteidigende Gegner vollständig geworfen. Die Kämpfe dehnten sich bis nach Welschny aus, das gleichfalls besetzt wurde.

Seltingers, 6. März. „Sewernaja Kommuuna“ meldet, daß Nikolajew von den ukrainischen Sowjettruppen genommen sei und daß diese auch Odeffa bedrohen. Die Truppen unter Petljura sollen sich auf dem Rückzug nach Galizien befinden. Das Direktorium hat seinen Sitz in Kamenz genommen. Zwischen Petljura und dem französischen Vertreter der Entente ist vereinbart worden, daß Petljura keine Kriegshandlungen ohne Einverständnis der Franzosen unternimmt und daß diese für jede Kompanie 6 französische Instrukteure zur Verfügung stellen. In Odeffa sind unter den französischen Truppen Unruhen ausgebrochen. Die russischen Zeitungen veröffentlichten ein Dekret über die soziale Versicherung der Arbeiter.

Amsterdam, 7. März. „Chicago Tribune“ meldet aus Bukarest, daß der Kommandant der alliierten Donarmer einen großen Angriff der Bolschewiki gegen Beharabien für die nächsten Wochen erwartet. Die Bolschewiki wollen an der Dnjeprfront durchbrechen. Sie sollen Unterstützung von Ostgalizien erhalten haben und die Erstürmung von Budapest planen. Die Bolschewiki sollen große Truppenmassen am Dnjepr nördlich von Bender bis zur galizischen Grenze konzentrieren. Die Front wird zum großen Teil von Rumänen gehalten, während die Eisenbahnlinie Bender-Odeffa von französischen und griechischen Divisionen besetzt ist.

Die Verhandlungen im Osten.

Berlin, 7. März. Die Deutsche Kommission für die Ostfront trat in Kreuz mit den Ententevertretern zusammen. Diese weigerten sich trotz der getroffenen Vereinbarung, in Bromberg zu verhandeln. Man einigte sich schließlich auf Posan als Verhandlungsorte. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich heute beginnen.

Der Anschluß Oesterreichs.

Wien, 7. März. (Korr.-Bur.) Der Verfassungsausschuß hat einstimmig die Regierungsvorlage angenommen, mit der die Erklärung Deutsch-Oesterreichs als demokratische Republik und als Bestandteil der deutschen Republik feierlich bekräftigt wird.

Der Gemeinderat nahm eine neue Gemeindewahlordnung an, durch die auch Angehörige des Deutschen Reichs unter Voraussetzung der Gegenleistung das Gemeindevahlrecht eingeräumt wird. Ein Frein-Autrag des deutschnationalen Gemeinderats Sedlitzel, in das Gelöbnis, das die Wahlreform verlangt, einen Zusatz anzunehmen, wonach die Gemeinderäte alles zu unterlassen haben, was den deutschen Charakter Wiens gefährden könnte, wurde angenommen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 7. März. (Havas.) In der Sitzung des Obersten Kriegsrats drang Lloyd George darauf, daß Deutschland gegenüber klar, fest und schnell gehandelt werde. Der Waffenstillstand habe auch politische Folgen, wofür die Leiter der Regierungen verantwortlich seien. Er verlangte besonders eine Veranschlagung der Bedingungen bezüglich der deutschen Truppenbestände. Die Bedingungen des Waffenstillstands bezüglich des Seewesens wurden angenommen, aber die Frage des Schiffs der deutschen Flotte und ihrer Verteilung an die Alliierten wurde noch verschoben. Die Alliierten sind betriebs der Entwaffnung Deutschlands vollkommen einig.

Paris, 6. März. Einer Reutersmeldung zufolge, erwartete man, daß der Bericht der Kommission, die sich mit der Verantwortlichkeit für die im Krieg begangenen Verbrechen befaßt, heute abend fertig gestellt sein wird. Wie verlautet, werde der Bericht diejenigen nicht enttäuschen, die verlangen, daß die hoch und niedrig gestellten Anführer der im Kriege begangenen Verbrechen bestraft werden.

Bern, 6. März. Die halbamtlichen Verjude Frankreichs und Belgiens, Holland zu Gespinnen auf deutsches Gebiet anzureisen und damit den belgischen Forderungen

gehig zu machen, haben in Holland verstimmt. Holland wird, nach W.B., niemals in die Abtretung auch nur des kleinsten Teils seines Festes einwilligen und wird andererseits sich niemals dazu verstehen, ein Stück fremden Gebiets, einerlei aus welchen Gründen, sich anzuschließen.

Besetzung und Annexionierung.

Paris, 7. März. Das „Journal“ schreibt, die dauernde Annexionierung des linken Rheinufer liege nicht in der Absicht der französischen Regierung, aber die Besetzung müsse aus militärischen Gründen aufrecht erhalten werden, bis Deutschland alle ihm durch den Friedensvertrag auferlegenden Bedingungen erfüllt habe. (Das wird viele Jahre dauern. D. Schr.) Etwas anderes sei es mit dem Saarbecken und Landau. Landau gehöre zu Frankreich, und wenn es jetzt annektiert werde, so werde nur ein altes Unrecht gut gemacht. Nach dem 30-jährigen Krieg trat der Kaiser die Reichsvogtei über 10 elsässische Städte, darunter Landau an Ludwig XIV. unter dem Vorbehalt ab, daß die Städte unabhängig und reichsunmittelbar bleiben sollen. 1678 aber besetzte der Franzosenkönig die Städte gegen Recht und Vertrag und erklärte sie als französisches Eigentum. 1815 kam Landau an Oesterreich, 1816 an Bayern. Die Bequäme des Kohlenbeckens sei gerechtfertigt durch die Schädigung der französischen Kohlengruben im Krieg.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 7. März.** (Vom Rathaus.) Die bürgerlichen Kollegien beschloßen einen neuen Lohnsatz für die Gemeinbedienten, der einen Mehraufwand von jährlich 2,8 Millionen Mk. erfordert und Arbeitslöhne von täglich 14,60 Mk. bis herunter zu 5 Mk. vorsieht. Die Wohnungsfürsorge verursacht Auslagen von 20 Millionen Mk. Es wurde über den fortgesetzten Zuzug aus dem Lande geklagt. Die Zahl der Einwohner hat sich vom 1. November v. J. bis zum 1. März, also in 4 Monaten um 51.000 vermehrt.

(*) **Stuttgart, 7. März.** (Gesprengte Versammlung.) Als im Gasthof Siegle-Haus gestern Abend Kammerpräsident Keil und Frau Ministerpräsident Bloß über die Nationalversammlung berieten, wollten, kam durch ein Mißverständnis eine Patrouille der Sicherheitskompanie ins Haus. Die Spartakisten machten darauf solchen Krach, daß die Versammlung, um das Schlimmste zu verhindern, abgebrochen werden mußte.

Wie von der S.-A. zu dem Fall berichtet wird, hat ein Mann, der sich als Mitglied des Landesauschusses der Soldatenräte ausgab, eine Straßenpatrouille der Sicherheitskompanie in das Siegle-Haus geführt und hinter der Bühne aufgestellt. — Als durch die planmäßig im Saal verteilten Spartakisten Alarm gemacht wurde, trat die Patrouille vor und von den Spartakisten wurde gerufen: „Maschinengewehr in den Saal!“ Die Patrouille hatte aber kein Maschinengewehr. Der Mißverständnisse große Aufregung im Saal und viele entfernten sich. Es handelt sich also ohne Zweifel um eine genau vorbereitete Sprengung der Versammlung.

(*) **Leonberg, 7. März.** (Amtsunterlegungen.) Wie die „Leonberger Zeitung“ erfährt, ist Stadtschultheiß Roth mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand gezwungen, sein Amt in nächster Zeit niederzulegen. In Remmingen ist bei Schultheiß Döfler das Gleiche der Fall. Schultheiß Döfler befindet sich zurzeit in Erholungsurlaub. — Außerdem werden Oberamtspfleger Röh und Stadtpfleger Hegele im Lauf des Frühjahrs von ihren Ämtern zurücktreten.

(*) **Herrenberg, 7. März.** (Siedlungsverein.) Unter Beteiligung der Stadtgemeinde und des Schwäbischen Siedlungsvereins E. V. in Stuttgart wurde der Siedlungsverein Herrenberg G. m. b. H. in Herrenberg mit 77 Gesellschaftern und einem Stammkapital von 42.000 Mk. gegründet.

(*) **Herrenberg, 7. März.** (Gewitter.) Gestern mittag zog über das Gau ein Gewitter, das ausgiebigen Regen und starke Abkühlung brachte.

(*) **Heilbronn, 7. März.** (Todesfall.) Herr Nord nach langer schwerer Krankheit der Theaterdirektor Konrad Krauß im 65. Lebensjahr, der in Gemeinschaft mit seinem Schwager Richard Steig seit 37 Jahren die Leitung des Heilbronner Stadttheaters inne hatte.

(*) **Oberreichenbach, O.A. Calw, 7. März.** (Brand.) Infolge Kurzschlusses ist die Scheuer des Gasthauses

am „Hof“ mit sämtlichen Vorzügen niedergebrannt. (*) **Heiterbach, O.A. Nagold, 7. März.** (Einbruch.) In der Wohnung des verst. Obermüllers Frdr. Papp wurde eingebrochen, während die Familienangehörigen die Hochzeit der Tochter feierten. Dem Dieb, der verhaftet wurde, fielen über 500 Mk. in die Hände. Es soll sich um denselben Einbrecher handeln, der im Hochdorfer Pfarrhaus den Einbruch verübte. Der größte Teil des Geldes wurde noch vorgefunden.

(*) **Göppingen, 7. März.** (Großfeuer.) Die Maschinenfabrik von Müller ist heute nacht vollständig niedergebrannt. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch nicht bekannt.

(*) **Kalen, 7. März.** (Genossenschaftliches.) In einer Bezirksversammlung wurde ein „Bezirksverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Bezirks Kalen“ gegründet.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen gehen weiter zurück. Am Sonntag und Montag ist vorwiegend trockenes und mäßig kühles Wetter zu erwarten.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 7. März.

Die heutige Vollversammlung hatte zunächst nur den Auftrag, ein Gesetz, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Art. 1 der im Jahre 1914 beschlossenen Änderung des Gemeindesteuergesetzes zu erledigen. Man hat aber nicht einfach eine zeitliche Verlängerung der damals beschlossenen Änderungen festgelegt, sondern zugleich auch materielle Änderungen beschlossen. Der Ausschuss legte den Antrag vor, daß künftig nicht mehr als das Zwölfeinhalbfache des über 2 Prozent hinausgehenden Gemeindeumlagegesetzes erhoben und höchstens bis auf 125 Prozent der Einheitsätze steigen dürfe. Abg. Dr. Hartenstein erstattete eingehenden Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses und begründete neben dem vorliegenden Antrag noch einige formale Änderungen. Vor allem bestand keine Notwendigkeit mehr, das Gesetz zu befristen. Die Befristung war immer von der ersten Kammer aus einer gewissen Steuerischen der großen Güterbesitzer heraus verlangt worden, hat aber nun keinen Sinn mehr, da diese neue interimistische Änderung eben so lange wirkt, bis eine völlige Neuordnung dieser Sache in Kraft treten kann. So war der ganze Zweck des Gesetzes verschoben, es wurde nicht eine Verlängerung, sondern eine neue Änderung beschlossen und demgemäß auch der Titel des Gesetzes geändert.

Abg. Pfälzer (Mehrheitssoz.), begründete die Zustimmung seiner Partei zum Antrag des Ausschusses, abgesehen an sich eine Herabsetzung des Existenzminimums dringend notwendig wäre. Seine Partei behalte sich vor, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit in diesem Sinne Anregungen zu geben. Gleichfalls indimende Erklärungen gaben die Abg. Hiller von der Bürgerpartei und Holz vom Zentrum ab. Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen des Finanzministers. Die Entscheidung über die bevorstehenden Steuererträge des Reichs und des Landes, die ein Bild düsterer Armut von Reich, Land, Gemeinde und Einzelpersonen boten. Wir werden uns auf allen Gebieten Wünsche verlagern müssen, weil wir nicht mehr die Mittel haben. Reich, Staat und Gemeinden werden für die notwendigen Ausgaben etwa 20 Milliarden Mark Steuern und Abgaben erheben müssen. Das ist mehr als die Hälfte des Jahreseinkommens bei

deutschem Volke im Frieden, das natürlich jetzt wesentlich niedriger sein werde. Man solle darum nicht ausgeziffelte Programme von der Regierung erwarten. Der Finanzminister, der jetzt sichere Verpflichtungen machen wollte für irgend einen Stand, müßte entweder wegen Unfähigkeit oder wegen Gewissenlosigkeit weggejagt werden. Das Gesetz wurde ohne besondere Abstimmung angenommen. Abg. Hiller beantragte, daß das bewegliche Kapital „insgesamt“ höher zu Gemeindesteuern herangezogen werden solle. Als er dabei den Vorwurf erhob, daß die Deutsche dem. Partei dem Mittelstand Sand in die Augen gestreut habe, wies Abg. Penne diese Bemerkung als Verleumdung zurück. Der Antrag Hiller wurde als Zusatz zu einer vom Ausschuss angeregten Resolution mit dieser selbst angenommen.

Nach einer kurzen Pause wurde sodann noch die Wahl

des Staatspräsidenten vorgenommen, das heißt, der Ministerpräsident Bloß wurde mit der Ausübung der Funktionen eines solchen betraut. In der Abstimmung beteiligten sich 129 Abgeordnete. Davon waren weiße Bettel 28, 100 Stimmen erhielt Ministerpräsident Bloß, Minister Lindemann 1 Stimme. Bloß erklärte sich zur Übernahme des Amtes bereit. Präsident Keil würdigte einer treffenden Glückwunschsprache diesen geschichtlich bedeutsamen Vorgang, worauf der neue Staatspräsident kurz das Gelübnis treuer Pflichterfüllung unter den schweren Verhältnissen ablegte. (S. 2.)

Baden.

Badische Nationalversammlung.

(*) **Karlsruhe, 7. März.** Die badische Nationalversammlung stimmte heute vormittag dem Zentrumstrag zu, wonach der neue Steuerzuschlag nicht für die Zwecke der Gemeindebesteuerung in Betracht kommen soll. Angenommen wurde ferner der Nachtrag zum Staatsvoranschlag und der Gegenentwurf über den 20 prozentigen Steuerzuschlag. Es folgte die Beratung von 2 Interpellationen der Zentrumsfraktion über den Eisenbahnbau und die Beschäftigung der Arbeitslosen. Verkehrsminister Rücker teilte mit, daß die Eisenbahnverwaltung umfangreiche Aufträge für neue Lokomotiven und Wagen erteilt habe, wodurch viele tausend Arbeitslose Beschäftigung finden werden. In Kürze werden folgende Eisenbahnlinien in Angriff genommen: Titisee-St. W. Bahn, Breiten-Arnach, Neckarsteinach-Schnau und Neuchaldbahn. Die Arbeiten für den Bahnhofumbau Emmendingen können nicht ausgeführt werden, weil die derzeitigen finanziellen Verhältnisse die dafür erforderlichen Ausgaben von 9 Millionen nicht erlauben. Die Fortführung der Bauarbeiten für die Verlegung der Südbahn ist bereits in Angriff genommen. An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine Ansprache, in der von verschiedenen Rednern noch eine Reihe lokaler Wünsche vorgetragen wurde. Verkehrsminister Rücker erklärte, er begrüße die Schaffung von Reichseisenbahnen, denn sie würden uns große Ersparnisse bringen, die uns so nötig seien, als die Schuldenlast der badischen Staatsbahnen auf 700 Millionen angewachsen sei. Hierauf folgte die Interpellation über die Wohnungsfrage, sie wurde von dem soz. Abg. Gahn begründet. Minister Marzloff teilte mit, daß die Kasernen schon vor Monaten zur Dedung des Wohnungsmangels herangezogen worden seien. Die Beratung wurde fortgesetzt.

(*) **Vieltätigkeit bei Raftatt, 7. März.** Der Bürgerausschuss genehmigte eine Vorlage des Gemeinderats zur Einführung des elektrischen Lichtes. Man hofft, daß unsere Gemeinde ihren Straßen bis zum Oktober mit elektrischem Licht beleuchten kann.

Evang. Gottesdienst, Sonntag, den 9. März. Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Böcker. Vorm. 11 Uhr Abendmal. Abends 5 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Kemppis. Das Opfer ist für die Kriegs-Hilfskasse der Konfirmation bestimmt.

Kath. Gottesdienst, Sonntag den 2. März. 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. 2 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe. Freitag Abend 6 1/2 Uhr Fastenandacht. Heilig. Samstag von 4 Uhr an. Kommunion Sonntag um 7 1/2 und 8 Uhr, an den Wochentagen bei der heil. Messe.

Ev. Jünglingsverein, Sonntag, 9. März nachm. 5 Uhr Spiel und Vereinsstunde.

Wiltbad, den 10. März. Wie wir hören, beabsichtigt der hiesige evangelische Kirchenchor am Karfreitag ein Passionskonzert zu veranstalten, bei welchem auch unser beliebtester hiesiger Cellokünstler Herr Schinger mitwirken wird.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wiltbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Wiltbad den 8. März 1919.



Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Groß- und Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Wilh. Luk, Schuhmachermeister

erfahren durften, sowie für die erwiesene Ehre von Seiten des Krieger- und Militärvereins, insbesondere für den erhebenden Gesang des Blecktranzes, für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für die vielen Blumen-spenden und die zahlreiche Beileidstimmung zur letzten Ruhestätte, sagen wir auf diesem Wege noch

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiltbad, den 7. März 1919.



Codes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten, teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester Schwägerin und Tante

Luise Eitel

geb. Oppenländer

heute früh nach langem Leiden im Alter von 38 Jahren sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bittet

der trauernde Gatte

Karl Eitel mit Kindern.

Beerdigung Sonntag nachmittags 3 Uhr.

Für Konfirmations-Geschenke

Vosenträger aus Zerkelstoff extra stark von Mark 3— an 20% Rabatt. Chr. Schmid & Sohn.

Zwei Damen suchen kleineres Haus

zu kaufen, in sonniger Lage. Angebote sind an die Exped. ds. Bl. zu richten. [254.]

Monatsfrau

oder Mädchen per sofort oder später gesucht. Zu erfragen in der Exped. [253.]

Zwei Nachtschichten

hat zu verkaufen. Wer sagt die Exped. [252.]

Harmonium

lieferer preiswert franco; auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten 4 stimmig spielen kann. E. Roggenbach, Obertürkheim.

Bettstätten

heilt bei Jung und Alt. B. Gallamers bewährter Blasen-, von Anhalten und Krämpfen erlösende, zahlreich dankgeschriebene Prospekt gratis per ein Kuvert. Besondere für Wiltbad ab jetzt durch A. Sieglein, München Döppelstraße 31. St.



Stammholz-Verkauf

am Montag den 17. März 1919
vormittag 10 Uhr

auf dem Rathaus in Wildbad im schriftlichen Aufstreich aus dem Stadtwald 1 Meistern Abteilung 1 f Großer Hang

167 Stück Normal und Ausschub tannenes Langholz 1.—6. Kl. zuf.	213, 79 Jm.
11 Stück Normal und Ausschub tannenes Sägholz 1.—2. Kl. zuf.	13, 16 Jm.
Abteil. 1 f a Großer Hang.	
21 Stück Normal und Ausschub forch. Langholz 1.—3. Kl. zuf.	34, 94 Jm.
2 Stück Ausschub forch. Sägholz 2. Kl.	2, 39 Jm.
19 Stück Normal und Ausschub tannenes Langholz 1.—5. Kl. zuf.	30, 21 Jm.
Abteil. 2 f Zaiersteig.	
15 Stück Normal und Ausschub forch. Langholz 1.—5. Kl. zuf.	21, 35 Jm.
1 Stück Normal forch. Sägholz 1. Kl. zuf.	2, 14 Jm.
153 Stück Normal und Ausschub tannenes Langholz 1.—4. Kl. zuf.	174, 64 Jm.
6 Stück Normal und Ausschub tannenes Sägholz 1.—2. Kl. zuf.	8, 46 Jm.
Stadtwald 2 Leonhardswald	
Abteil. 10 f Goldenbrücke.	
249 Stück Normal und Ausschub forch. Langholz 1.—6. Kl. zuf.	417, 58 Jm.
7 Stück Normal und Ausschub forch. Sägholz 1.—2. Kl. zuf.	9, 38 Jm.
80 Stück Normal und Ausschub tannenes Langholz 1.—6. Kl. zuf.	89, 95 Jm.
1 Stück Normal tannenes Sägholz 2. Kl. zuf.	1, 13 Jm.
Abteil. 9 Malerhofswegle.	
11 Stück Normal und Ausschub forch. Langholz 1.—3. Kl. zuf.	13, 27 Jm.
2 Stück Ausschub forch. Sägholz 1.—2. Kl. zuf.	1, 39 Jm.
37 Stück Normal und Ausschub tannenes Langholz 2.—4. Kl. zuf.	74, 12 Jm.
4 Stück Normal und Ausschub tannenes Sägholz 2. Kl. zuf.	3, 17 Jm.
846 Stück	1116,77 Jm.

Die verschlossenen vom Bieter unterzeichneten bedingungslosen in Ganzen und Gentelprozenten ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift „Angebote auf forch. und tannenes Stammholz“ wollen spätestens zu oben genannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden. Der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgenden Eröffnung können die Bieter anwohnen.
Klasseneinteilung und Taxpreise pro 1919, der Ausschub ist zu 100 % der Taxpreise angeschlagen.
Wildbad, den 6. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Dägner.

Bekanntmachung

In der Stadtbibliothek wird abgegeben für Kinder bis zu 1 Jahr
4 Pakete Gerstenmehl 1 Paket Osterkuchen
Außerdem erhalten Wöchnerinnen bis zu 6 Wochen, Kranke auf Grund ärztl. Zeugnisses sowie Personen über 66 Jahren von obigen Nahrungsmitteln, soweit Vorrat reicht.
Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Med. Drogerie und Photo Haus

Grundner Nachf. A. & W. Schmid.

Wir empfehlen sämtliche Haarwässer wie:
Dralles Birkenwasser
Sav. Kum
Javol
Frennessel Haarwasser
Antisept. Haarwasser
Haaröle und Brillantinen
Mund- und Zahnwässer.

Zahnpasten:
Albin
Dior
Chlorodont
Sali-Chlor
Vebece
Eugosol u. s. w.

Zahnpulver in stets frischer und guter Qualität.
Eau de Cologne echt 4711. u. a. m.

Haarwässer aus echtem Haar
in allen Farben 40—40
1, 95

Alle Puder Deutsche und Französische Fabrikate
Amol Spritthaltig, wieder eingetroffen.
Hautcreme: in bestem Fettgehalt.
Sämtliche Hygienische Artikel.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Erweiterungsbau des Herrn Direktor Wilh. Rüd. Villa Germania in Wildbad, sind die nachbenannten Arbeiten auf dem Submissionswege zu vergeben:

- Zimmer- und Treppenarbeiten,
- Flächenerarbeiten,
- Schieferdacharbeiten,
- Schmied- und Schlosserarbeiten,
- Eisenerarbeiten,
- Schreiner- und Glaserarbeiten
- sowie Maler- und Tapezierarbeiten.

Kostenanschläge und Unterlagen liegen auf dem Büro des unterzeichneten, Architekten zur Einsicht auf, woselbst auch Offerte in Prozenten ausgedrückt bis
Mittwoch den 12. ds. Mts. abends 5 Uhr einzureichen sind.
Unbekannte Firmen haben Zeugnisse neuesten Datums beizufügen.

Die Bauleitung:
Ernst Hugenlaub, Architekt
Wildbad, Villa Zeppelin.

1918 Markgräfler

(Naturwein)

per 1/2 Liter 1,50 Mark

hat im Ausschub
Gasthaus z. Alten Linde.

Wollstoffe

sind eingetroffen und kosten:
in schwarz 145 cm. breit Mt. 17.60 per Mt.
in braun 145 cm. breit Mt. 20.20 per Mt.
versch. Farben 120 cm. breit Mt. 28.50 per Mt.

Diese Stoffe eignen sich hervorragend für Jackenkleider, Ober- und Unterröcken, Damen- u. Herrenmäntel, Kleidermäntel, Joppen und Westen.
Die Serie für Mt. 28.50 ist besonders schön, da noch aus altem vorzüglichem Wollmaterial hergestellt wird und es dauerhafte Stoffe in langer Zeit nicht geben.

Ph. Bosch, Wildbad

Anfang nächster Woche treffen mehrere Waggon
Klee- und Erbsenstroh

ein.
Gärtner Wolf.

Geflügel- u. Kaninchen- Züchter-Verein Wildbad

Bestellungen auf Geflügelweichfutter
bessere Qualität per Br. ca. 25 Mt. wollen sofort bei dem Unterzeichneten gemacht werden.
Der Vorstand Carl Rowelsh.

Wirtschaftsverpachtung.

Das Gasthaus zum Ratskeller (früher Adler) wird auf die Dauer von 5 Jahren an den Meistbietenden im Wege des schriftlichen Aufstreichs vergeben.

Die Bedingungen liegen im Rathaus zur Einsichtnahme auf.
Angebote in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift „Angebot auf das Gasthaus zum Ratskeller“ sind bis spätestens 14. März 1919, vormittags 10 Uhr, hier einzureichen, wo ihre Eröffnung im Rathsaal stattfindet, der die Bewerber anwohnen können.
Die Auswahl unter den Bietenden behält sich der Gemeinderat vor.
Wildbad, den 8. März 1919.
Stadtschultheißenamt Dägner.

Gut und modern gebautes
Einfamilienhaus

in schöner, sonniger Lage von etwa 5 Zimmern, Bad, elektr. Licht, Zubehör, möglichst Warmwasserheizung mit größerem Vorgarten, evtl. auch 1. Stock, in nur noch von einer Familie bewohntes Villa, aber ebenfalls mit größerem Vorgarten auf längere Dauer mit Vorkaufsrecht zu mieten ge-
Angebote unter A 251 an die Exped. ds. Blattes.

Hypotheken-Darlehen

an pünktliche Zinszahler abzugeben.
Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Lieder kranz Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr
Singstunde
im Siederkranz Lokal zur Sonne
wazu sämtliche Sängere erwartet
Der Vorstand.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
Singstunde.
im Hotel Palmengarten.
Der Vorstand

Verloren.

Es ist mir im Kellerloch (Stadtwald) eine
Langholzschraube
und eine kurze starke Kette
abhanden oder verloren gegangen. Der ehrliche Finder
oder Besser, derselben wird
geben solches gegen gute
Belohnung bekannt zu geben.
Müller Siegelhütte.

Fabrikmaurer

für dauernde Stellung gesucht.
Papierfabrik Wildbad.
Eine
3 Zimmer-Bohnung
mit Küche und Zubehör auf
1. Juli zu mieten gesucht.
Näheres in der Exped. 1849

Farben

trocken und Fußboden-Lacke Fritzsche
Carbolineum
Salzsäure
Sprit. Lake

Bohner Masse:
reine Oelware.
Stahlspäne

Brillst. Möbelpolitur.
Messerputz-Schmirgel
Schell-Glanzputz Pulver
für alle Metalle: Friedens-Qualität.

Artikel zur Desinfection
und Wäsche

Natron Wasserglas
helle Ware

Braunsche Stoff-Farben
in allen Nuancen
Schwämme
Cremfarben
Stärke und Stärke-Ersatz
Alle obigen inserierten Waren befinden sich am Lager.

Medizinal-Drogerie
A. & W. Schmit.

Erstes Spezialgeschäft für

Amateur-Photographie

Sämtliche Bedarfsartikel.
Apparate
diverser erstklassiger Fabrikate zu
Original-Fabrikpreisen
in großer Auswahl.
Entwickeln und Copieren
von
Platten und Films
wird
schnellstens, sauber, billig und fachmännisch ausgeführt
Platten, Films, Papiere,
Bäder etc.
stets frisch am Lager.

Grundner Nachfolger,
A. & W. Schmit
Erstes Spezialhaus für Amateurphotographie Wildbad.

